

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Haushaltsplanung

Rekordbudget für

2022 vorgestellt

Seite 3

IM FOKUS

EU-Binnengrenzen

Schengen-Raum für künftige

Herausforderungen wappnen

Seite 5

eID-Brieftasche

Recht auf digitale Identität

für alle vorgeschlagen

Seite 6



Credit © European Union, 2021

Laura Codruța Kövesi, die sich als Leiterin der rumänischen Anti-Korruptionsbehörde hohes Ansehen erworben hat, steht an der Spitze der Europäischen Staatsanwaltschaft mit Sitz in Luxemburg.

EZB-URTEIL

Verfahren gegen Deutschland eröffnet

Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Vorjahr. Die Kammer hatte damals das Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) ebenso wie ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) als „ausbrechende Rechtsakte“ (ultra vires) eingestuft und sich damit über den Spruch des höchsten europäischen Gerichts hinweggesetzt. Die Kommission sieht darin einen „schwerwiegenden Präzedenzfall sowohl für die künftige Praxis des Bundesverfassungsgerichts als auch die obersten Gerichte anderer Mitgliedstaaten“ und will den Vorrang des europäischen Rechts vor nationalem Recht sicherstellen.

Vertragsverletzungsverfahren

ERSTE SUPRANATIONALE STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDE

EU-Staatsanwaltschaft nimmt die Arbeit auf

Europa geht neue Wege bei der gemeinsamen Bekämpfung der Kriminalität. Mit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) hat im Juni die weltweit erste supranationale Strafverfolgungsbehörde ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll das Geld der europäischen Steuerzahler bei Straftaten wie Geldwäsche, Korruption und grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug besser schützen.

> Allein für das Jahr 2019 haben die Mitgliedstaaten gegen den EU-Haushalt gerichtete Betrügereien mit einem Schaden von 461,4 Mio. Euro gemeldet, teilten Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová, EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn und Justizkommissar Didier Reynders in einer gemeinsamen Erklärung mit. Hinzu kommen rund 50 Mrd. Euro, die den Mitgliedstaaten jährlich durch Mehrwertsteuerbetrug entgehen.

„Die Europäische Staatsanwaltschaft wird die Umsetzung von NextGenerationEU mit Argusaugen beobachten, um sicherzustellen, dass die Gelder in vollem Umfang für unsere Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger verwendet werden. Dabei geht es um Darlehen und Zuschüs-

se in Gesamthöhe von 750 Mrd. Euro“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO - European Public Prosecutor's Office) hat ihren Sitz in Luxemburg und war vor vier Jahren von 22 Mitgliedstaaten besiegelt worden, darunter auch Deutschland. Bisher beteiligen sich Dänemark, Irland, Polen, Ungarn und Schweden nicht an der EUSTa. Zuständig ist die Europäische Staatsanwaltschaft für Straftaten, die gegen den EU-Haushalt gerichtet sind. Darunter fallen unter anderem:

- > Bestechung, Bestechlichkeit und Veruntreuung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union
- > Geldwäsche von Vermögen, die aus gegen den EU-Haushalt gerichteten Betrügereien stammen >>

“ Als erste Instanz überhaupt kann die EU-Staatsanwaltschaft gegen länderübergreifende Kriminalität vorgehen und Betrugsdelikte zulasten des EU-Haushalts ahnden. Die Steuergelder von Millionen Menschen werden künftig in einer qualitativ neuen Form EU-weit geschützt. ”

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission

>> > länderübergreifender Mehrwertsteuerbetrug mit einem Schaden von mindestens 10 Mio. Euro

„Mit der Europäischen Staatsanwaltschaft wird ein neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Integration aufgeschlagen“, würdigte Reynders die neue Behörde. Die Europäische Staatsanwaltschaft werde dafür sorgen, „dass kein Euro mehr durch Korruption oder Betrug verloren geht“, ergänzte Jourová. Derzeit kann Betrug zum finanziellen Nachteil der Europäischen Union allein von nationalen Behörden untersucht und verfolgt werden.

Deren Befugnisse sind jedoch auf das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten beschränkt. Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts sind häufig komplex. „Die Hauptaufgabe dieser EU-Einrichtung besteht darin, EU-Gelder im gemeinsamen Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger vor Kriminellen zu schützen“, erklärte Reynders. Zwar verfügt die EU über eigene Stellen wie die Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust), das Europäische Polizeiamt (Europol) oder das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) – doch sind deren Befugnisse begrenzt. So kann OLAF nur innerhalb von EU-Einrichtungen ermitteln, aber keine eigenen Strafverfahren eröffnen.

Die Europäische Staatsanwaltschaft kann künftig eigenständige Ermittlungen einleiten und durchführen. Die Behörde ist dezentral aufgebaut. In der Zentrale in Luxemburg arbeiten 22 Europäische Staatsanwälte, je teilnehmendem Mitgliedstaat einer. An der Spitze steht die Europäische Generalstaatsanwältin, Laura Codruța Kövesi, die ehemalige Leiterin der rumänischen Antikorruptionsbehörde. Einer ihrer beiden Stellvertreter ist Andrés Ritter, der frühere Leiter der Staatsanwaltschaft Rostock. „So etwas wie uns gab es noch nie“, freute sich Ritter auf seine neue Tätigkeit und bekräftigte das übergeordnete Ziel der gemeinsamen Kriminalitätsbekämpfung: „Es geht darum, das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union zu stärken.“

Fünf Ermittlungszentren in Deutschland

Auf der Ebene der teilnehmenden Mitgliedstaaten wird die Luxemburger Behörde durch die delegierten europäischen Staatsanwälte ergänzt, die die tägliche Ermittlungsarbeit durchführen und Kontakt zu den Justizbehörden vor Ort halten. In Deutschland nehmen zunächst elf delegierte europäische Staatsanwälte ihre Tätigkeit auf, verteilt auf fünf Zentren in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und München. Sie können weiter ihrer Arbeit als Staatsanwalt in den Mitgliedstaaten nachgehen. Sobald sie für die Europäische Staatsanwaltschaft ermitteln, agieren die delegierten Staatsanwälte vollständig unabhängig von den Behörden der Mitgliedstaaten.

Die neue Behörde rechnet mit rund 3.000 Fällen pro Jahr. Ein Strafverfahren wird in dem Mitgliedstaat eröffnet, in dem der Schwerpunkt des Verbrechens liegt. Nach Absprache kann die Anklage aber auch in einem anderen Land erhoben werden. Verdächtige verfügen über umfassende Rechte nach den Rechtsvorschriften der EU und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. (pr) >|

Aufbau der Europäischen Staatsanwaltschaft

STRATEGIE



Europäischer Generalstaatsanwalt, unterstützt durch zwei Stellvertreter (leiten die Behörde mit Sitz in Luxemburg)



Kolleg der europäischen Staatsanwälte (insgesamt 22, einer je teilnehmendem Mitgliedstaat, arbeiten in Luxemburg)



Ständige Kammern (bewerten in Luxemburg die zu ermittelnden Fälle und entscheiden über die Anklageerhebung)



Delegierte europäische Staatsanwälte (arbeiten vor Ort in den teilnehmenden Mitgliedstaaten, derzeit 88, können anwachsen auf bis zu 140 Ermittler)

OPERATIVES GESCHÄFT

HAUSHALTSPLANUNG

Hahn stellt Rekordbudget für 2022 vor

© European Union, 2021 – Source: EP/Mathieu Cugnot

Die Kommission hat ihre Haushaltsplanungen für das kommende Jahr vorgelegt. Mit einem Volumen von 167,8 Mrd. Euro, ergänzt um Mittel von rund 143,5 Mrd. Euro aus dem Aufbaufonds NextGenerationEU, stellt das Budget für das Jahr 2022 den größten Haushalt der EU-Geschichte dar. „Heute schlagen wir eine beispiellose finanzielle Unterstützung vor, um die Erholung Europas von der Gesundheits- und Wirtschaftskrise voranzutreiben“, sagte Haushaltskommissar Johannes Hahn bei der Vorstellung der Planungen vor Journalisten in Straßburg.

Allein 118,4 Mrd. Euro werden aus dem Aufbau- und Resilienzfonds (RFF) bereitgestellt, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu überwinden. 36,5 Mrd. Euro fließen in die Regionalförderung, ergänzt um 10,8 Mrd. Euro aus dem Fonds NextGenerationEU. 13,1 Mrd. Euro stehen für Forschung und Entwicklung bereit, davon

allein 12,2 Mrd. Euro für das Forschungsprogramm Horizont Europa. „Wir investieren in Europa in Digitalisierung und Klimaschutz und damit in Europas Modernisierung“, kündigte Hahn an.

■ *Wiederaufbau in Europa beschleunigen*

SICHERES REISEN

Erste digitale Impfnachweise ausgegeben

Zum Start am 1. Juni haben Deutschland und sechs andere Mitgliedstaaten – Bulgarien, Dänemark, Griechenland, Kroatien, Polen und Tschechien – den Link zum zentralen Server für die digitalen COVID-Impfzertifikate freigeschaltet. Das ermöglicht ein einfaches und sicheres Reisen in Pandemiezeiten. „Ich ermutige andere, so schnell wie möglich zu folgen“, sagte Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Das System soll bis zum 1. Juli vollständig einsatzbereit sein. Die Kommission ermunterte die Mitgliedstaaten zugleich, Reisebeschränkungen, die im Zuge der Pandemie eingeführt wurden, rechtzeitig vor der Feriensaison schrittweise zu lockern.

Die auf Initiative der Kommission in zwei Monaten aufgebaute Datenplattform (Gateway) erlaubt das Erfassen eines QR-Codes per Scan - von Papier oder digital über eine App auf mobilen Endgeräten.

■ *Digitales Impfbzertifikat*

IMPfstoffZUGANG

Von der Leyen ergreift die Initiative für faire Versorgung

Die EU hat die Mitglieder der Welthandelsorganisation WTO aufgefordert, sich für eine weltweite Versorgung mit Corona-Impfstoffen einzusetzen. „Unser unmittelbares, dringendes Ziel ist es, einen gerechten Zugang für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu gewährleisten, um Impfstoffe breiter und schneller zu verteilen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die EU schlägt konkrete kurz- und mittelfristige Lösungen vor, um den allgemeinen Zugang zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Dazu gehören in erster Linie die rasche Ausweitung der Produktion sowie eine Aufhebung grenzüberschreitender Lieferstopps, im äußersten Fall auch die Vergabe von Zwangslizenzen.

„Wir legen einen konkreten Vorschlag auf den Tisch“, sagte der für Handel zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, Valdis Dombrovskis, im Interview mit der „Financial Times“ vor einem Treffen der WTO. Mit ihrem Vorstoß betont die EU die zentrale Rolle der WTO bei der Bekämpfung der Pandemie. Sie fordert die übrigen WTO-Mitglieder nachdrücklich auf, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen.

■ *Impfstoffvergabe*

ZULASSUNG

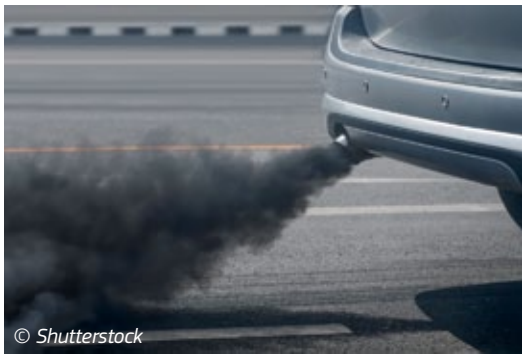
BioNTech-Impfstoff auch für Jugendliche frei

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat wissenschaftliche Empfehlungen für die Impfung von Jugendlichen mit dem Vakzin von BioNTech und Pfizer vorgelegt. So empfiehlt die Behörde die priorisierte Impfung von jugendlichen Risikopatienten. „Die Wissenschaft bleibt die Richtschnur für unsere gemeinsame EU-Impfstrategie“, sagte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides.

Zuvor hatten bereits die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) den Impfstoff des deutschen Herstellers BioNTech und seines Partners Pfizer auch für Jugendliche im Alter zwischen 12 und 15 Jahren freigegeben und die EU-Kommission eine geänderte bedingte Marktzulassung verabschiedet. Die Mitgliedstaaten können nun mit der Verwendung des Impfstoffs für Jugendliche beginnen.

■ *Impfstoff für Jugendliche*

STICKOXIDBELASTUNG

Kommission begrüßt Urteil zu Luftverschmutzung in Deutschland

Die Kommission hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur mangelnden Luftqualität in deutschen Städten begrüßt. Sie kündigte zugleich an, eng mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten, damit die EU-weit gültigen Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) eingehalten werden. Deutschland habe zwischen 2010 und 2016 in 26 Ballungsräumen systematisch und anhaltend gegen die Grenzwerte für Stickstoffdioxid verstoßen, befand das Gericht. Zudem sei es seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, den Zeitraum der Überschreitung so kurz wie möglich zu halten, stellte der EuGH fest. „Das zentrale Ziel unserer gemeinsam beschlossenen europäischen Vorgaben zur Luftqualität ist es, die Gesundheit der Menschen zu schützen“, erklärte Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland nach dem Urteil. „Deshalb legen wir besonderen Wert auf die vollständige Umsetzung der EU-Luftpolitik, auch hier in Deutschland.“

Die Kommission hatte Deutschland und fünf weitere Mitgliedstaaten 2018 wegen der hohen Stickoxidbelastung der Luft vor dem EuGH verklagt. Das Gericht gab der Klage der Kommission gegen Deutschland statt. In Deutschland wurden die zulässigen Grenzwerte seit Inkrafttreten im Jahr 2010 in 26 Kommunen anhaltend überstiegen, besonders betroffen waren die Großstädte Berlin, München, Hamburg, Köln, Stuttgart und Düsseldorf.

Luftbelastung

ONLINE-ANZEIGEN

Kommission ermittelt gegen Facebook

Die Kommission hat eine Untersuchung gegen Facebook wegen des Verdachts auf Wettbewerbsverstöße beim Kleinanzeigendienst „Facebook Marketplace“ eingeleitet. Facebook bietet auf der Plattform eigene Waren an, aber auch unabhängige Online-Händler nutzen das Portal, um ihre Produkte zu verkaufen. Die Kommission vermutet, dass Facebook die Daten, die es von konkurrierenden Betreibern auf seiner Seite erlangt, ausnutzen könnte, um seinem eigenen Online-Kleinanzeigendienst Vorteile zu verschaffen.

Facebook „sammelt riesige Mengen an Daten über die Aktivitäten der Nutzer seines sozialen Netzwerks und anderer Dienste und ist daher in der Lage, bestimmte Kundengruppen gezielt zu erreichen“, sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige Vizepräsidentin Margrethe Vestager. „Wir werden eingehend untersuchen, ob Facebook dank dieser Daten einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil insbesondere im Bereich der Online-Kleinanzeigen innehat. In diesem Bereich steht Facebook mit anderen Unternehmen im Wettbewerb, von denen es ebenfalls Daten sammelt.“

Facebook Marketplace

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



Vertretung in Deutschland

FREIZÜGIGKEIT IM PERSONEN- UND WARENVERKEHR

Kommission will Schengen-Raum für künftige Herausforderungen wappnen

Schengen ist weltweit der größte Raum, der freien Personen- und Warenverkehr ermöglicht. Die Pandemie hat gezeigt, dass das nicht selbstverständlich ist. Lastwagen mussten wegen der Kontrollen an den Binnengrenzen lange warten, Lieferketten wurden unterbrochen und Grenzpendler konnten ihren Arbeitsplatz nicht erreichen. Zu den Lehren, die die Kommission aus der Coronakrise zieht, gehört, dass Kontrollen an den EU-Binnengrenzen lediglich als letztes Mittel und nur temporär wieder eingeführt werden sollen. Das stellte die EU-Kommission in ihren jetzt vorgelegten Vorschlägen klar, mit denen sie den Schengen-Raum für künftige Herausforderungen stärken will.

> „Schengen ist eine gut funktionierende Maschine, aber mit Schengen ist es wie mit jeder Maschine – sie muss stetig auf den neuesten Stand gebracht werden“, sagte Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas. Innenkommissarin Ylva Johansson bekräftigte: „Schengen ist Teil des Erbguts der EU.“ Der Schengen-Raum umfasst 26 europäische Länder mit rund 420 Millionen Einwohnern. Das ist weltweit der größte Raum, in dem freies Reisen ohne Grenzkontrollen möglich ist. „Neue Herausforderungen wie COVID-19, terroristische Bedrohungen und die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 haben das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten untergraben und eine unserer Grundfreiheiten beschnitten“, erläuterte Johansson.

Die Kommission zieht die Lehren aus diesen Erfahrungen der vergangenen Jahre. Mit ihrer Strategie für den Schengen-Raum verfolgt sie drei Ziele:

- > **Effizientere Kontrolle der Außengrenzen:** Schon jetzt läuft der Aufbau der Europäischen Grenz- und Küstenwache, bis zu 10.000 Mitglieder werden künftig Europas Außengrenzen besser überwachen. Zudem setzt die Kommission auf Digitalisierung und Vernetzung. So sollen bis 2023 Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem (SIS), das Visa-System und das Einreise- und Ausreise-System für Drittstaatsangehörige (ETIAS) verzahnt werden. Das „versetzt uns in die Lage, nach außen hin stärker aufzutreten, um dadurch innerhalb von Schengen freier sein zu können“, sagte Johansson.
- > **Schengen-Raum nach innen stärken:** Damit weiterhin auf Kontrollen an den Binnengrenzen verzichtet werden kann, will die Kommission die



© Shutterstock

Arbeit der Sicherheitskräfte enger miteinander vernetzen und dabei auch grenzüberschreitende Standards setzen. So wird ein gemeinsamer Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit angestrebt. Beabsichtigt ist auch, den Austausch von DNA, Fingerabdrücken und Fahrzeugregistrierung, die so genannten Prüm-Regeln, zu überarbeiten. Zudem sollen Grenzübergänge technisch aufgerüstet werden.

- > **Optimierung der Verwaltung:** Die Vorschläge der Kommission zielen auch darauf ab, das Management des Schengen-Raums zu verbessern. Ein gemeinsamer Austausch im Zuge des Schengen-Forums ist bereits etabliert. Künftig sollen jährliche Berichte die Schengen-Zone evaluieren. Diese Berichte umfassen auch ein Schengen-Scoreboard, eine Punktetabelle über die Umsetzung der vereinbarten Regeln.

Im Verlauf dieses Jahres wird die Kommission darüber hinaus noch Vorschläge für eine Überarbeitung des Schengen-Grenzkodex vorlegen, die klare Regeln für zeitlich begrenzte Kontrollen an Übergängen festlegen. Der Vorschlag soll auch garantieren, dass die während der Pandemie auf Initiative der Kommission eingeführten Green Lanes – Schnellabfertigungsspuren für den Transport- und Güterverkehr – in Zeiten temporärer Kontrollen an den Übergängen beibehalten werden. „Es geht bei Schengen nicht nur um freies Reisen, sondern auch um einen reibungslosen europäischen Binnenmarkt und damit um unsere Wirtschaft“, erklärte Schinas. (pr) >|

Die luxemburgische Stadt Schengen liegt im von Deutschland, Frankreich und Luxemburg gebildeten Dreiländereck.

Das Schengener Abkommen

Schengen-Bürger können die gemeinsamen Binnengrenzen der Mitgliedstaaten an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschreiten. Der Schengen-Raum wurde am 14. Juni 1985 im luxemburgischen Grenzort Schengen zwischen fünf Staaten vereinbart. Er umfasst heute 22 Mitgliedstaaten der EU, zudem die Schweiz, Liechtenstein, Island und Norwegen, die der EU nicht angehören.

Irland und Zypern sind nicht Mitglieder des Schengener Abkommens. Bulgarien, Rumänien und Kroatien wenden den Schengen Aquis nur teilweise an.

ELEKTRONISCHE BRIEFTASCHE

Kommission schlägt **Recht** auf **digitale Identität** für alle vor

Im Urlaub mal eben einen Mietwagen im Ausland ausleihen, beim Erasmus-Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat ein Bankkonto eröffnen – das ist nicht immer einfach. Die EU-Kommission will den europäischen Alltag weiter erleichtern und hat Vorschläge für eine europäische digitale Identität (EUid) vorgelegt. Mit einem Klick auf das Mobiltelefon können Bürger, Einwohner und Unternehmen künftig EU-weit über eine digitale Aktenmappe verfügen, die digitale Brieftasche.



Künftig sollen alle EU-Mitgliedstaaten ihren Bürgern, Einwohnern und Unternehmen den Zugang zu einem digitalen Identitätsnachweis gewährleisten.

> „Dank der europäischen digitalen Identität werden wir in jedem Mitgliedstaat ohne zusätzliche Kosten und mit weniger Hürden dasselbe tun können wie zu Hause“, sagte Margrethe Vestager, die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission. Binnenmarktkommissar Thierry Breton fügte hinzu: „Die EUid-Brieftasche bietet eine neue Möglichkeit, Daten für alle Arten von Dienstleistungen zu speichern und zu nutzen.“

Der Vorstoß der Kommission ist Teil der Initiative „Digitaler Kompass 2030“, mit dem Ziel, die Digitalisierung weiter voranzutreiben. So sollen zum Beispiel bis Ende des Jahrzehnts alle öffentlichen Dienste online verfügbar sein, damit alle Europäerinnen und Europäer Zugang zu ihren elektronischen Patientenakten haben und 80 Prozent der Bevölkerung eine eID-Lösung nutzen.

Der Vorschlag der Kommission sieht unter anderem vor:

> **Recht auf Zugang zu einer digitalen Identität für alle:** Die Kommission hatte bereits 2014 eine Regelung für digitale Identitäten sowie die Initiative für elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste in Europa (eIDAS-Verordnung)

vorangetrieben. Diese Vorgaben sind für die Mitgliedstaaten aber bisher nicht bindend. So ist eine digitale ID bisher nur in 14 Mitgliedstaaten umgesetzt. Künftig müssen die EU-Länder allen Bürgern, Einwohnern und Unternehmen den Zugang zu einem digitalen Identitätsnachweis gewährleisten, so Vestager. Nutzer können dabei frei entscheiden, ob sie die digitale Brieftasche einsetzen wollen, stellte die Exekutiv-Vizepräsidentin klar.

> **Volle Kontrolle des Nutzers über seine Daten:** Führerschein, Meldedaten, Abschlusszeugnisse – welche Daten in der digitalen Brieftasche verfügbar sind, liegt allein im Ermessen des Nutzers. „Wir werden also selbst entscheiden, wie viele unserer persönlichen Informationen wir mit wem und zu welchem Zweck teilen möchten“, betonte Vestager.

> **Breite Verwendungsmöglichkeiten:** Die digitale Brieftasche wird von Behörden oder anderen zertifizierten Stellen ausgegeben – unter Wahrung der Datenschutzbestimmungen. Die digitalen Dokumente sind EU-weit bei Behörden und Unternehmen einsetzbar. Sei es beim Ummelden der Wohnadresse, dem Abschluss eines Mietvertrags oder der Eröffnung eines Bankkontos, erläuterte Vestager. Mit der digitalen Identifizierung lassen sich europaweit auch Online-Dienste nutzen. Sehr große Plattformen werden verpflichtet, die Verwendung von EUid-Brieftaschen auf Verlangen des Nutzers zu akzeptieren, beispielsweise zum Nachweis des Alters. Nutzer entscheiden dabei selbst, welche Daten und Zertifikate sie weitergeben.

Die Kommission will die Vorschläge zügig vorantreiben. Erste Tests sollen nach den Beratungen mit den Mitgliedstaaten bereits vor Ende des kommenden Jahres erfolgen.

„Die Bürgerinnen und Bürger der EU erwarten nicht nur ein hohes Maß an Sicherheit, sondern auch an Benutzerfreundlichkeit – ob sie es nun mit nationalen Verwaltungen zu tun haben, zum Beispiel um eine Steuererklärung abzugeben, oder sich an einer europäischen Universität einschreiben wollen und sich dazu ausweisen müssen“, erklärte Breton. (pr) >|

■ *Digitale Identifizierung*

Digitale Dekade

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat das Jahrzehnt bis 2030 zur digitalen Dekade ausgerufen. So sollen bis Ende des Jahrzehnts 80 Prozent der Erwachsenen über grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen. Bis 2030 sollten drei von vier Unternehmen Cloud-Computing-Dienste, Big Data und künstliche Intelligenz nutzen.

Die neue digitale Identität ist Teil der Strategie der digitalen Dekade. Sie erlaubt den digitalen Behördengang von Geburtsurkunden bis zur Steuererklärung. Nutzer können damit auch ein Bankkonto in einem anderen Mitgliedsland eröffnen oder ein Auto mieten.

AUFBAU NACH DER CORONA-PANDEMIE

EU kann erste Anleihen für NextGenerationEU aufnehmen

Der Aufbaufonds NextGenerationEU ist startklar. Nachdem alle Mitgliedstaaten den Eigenmittelbeschluss gebilligt haben, will die Kommission noch im Juni am Finanzmarkt die ersten Darlehen für den Fonds aufnehmen. „Die Kommission kann an die Finanzmärkte gehen, um den Wiederaufbau Europas nach der Corona-Krise zu finanzieren“, erklärte Haushaltskommissar Johannes Hahn und ergänzte: „Damit ebnen wir den Weg zu einem nachhaltigen Aufbau und einem umweltgerechten, digital besser aufgestellten und widerstandsfähigen Europa.“

> Auf Initiative der Kommission hatten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr den Aufbaufonds NextGenerationEU mit einem Volumen von 750 Mrd. Euro besiegelt. Zur Finanzierung der Aufbauleistungen gibt die EU gemeinschaftliche Anleihen aus. Aufgrund der hohen Bonität der EU kann die Kommission Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen. Allein in diesem Jahr wird sie langfristige Anleihen (EU-Bonds) in Höhe von rund 80 Mrd. Euro begeben, die mit kurzfristigen Anleihen (EU-Bills) ergänzt werden. Erste Emissionen sind noch im Juni geplant. Für die Zeit von 2021 und 2026 rechnet die Kommission mit einem Kreditvolumen von durchschnittlich rund 150 Mrd. Euro pro Jahr.

Kommission legt Frühjahrspaket vor

Zugleich präsentierte die Kommission mit dem Frühjahrspaket des Europäischen Semesters ihre Empfehlungen für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten. Sie liefern den EU-Ländern eine Orientierung, um ihre wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und das Aufbauminstrument NextGenerationEU bestmöglich zu nutzen. „Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, in diesem und im nächsten Jahr eine konjunkturfördernde Haushaltspolitik beizubehalten, weiter öffentliche Investitionen zu tätigen und die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität bestmöglich zu nutzen, um das Wachstum anzukurbeln“, sagte Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis. Der Aufschwung stehe vor der Tür, fügte er hinzu.

Ausweichklauseln gelten auch 2022

Dombrovskis erklärte, die EU habe umsichtig auf die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Herausforderungen reagiert. So seien die Regeln für



Credit © European Union, 2021

staatliche Beihilfen vorübergehend ausgesetzt worden, ebenso die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. „Basierend auf unserer Frühjahrsprognose bleiben die allgemeinen Ausweichklauseln auch im Jahr 2022 aktiviert“, sagte Dombrovskis. Geplant sei, 2023 zu den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückkehren.

Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis forderte die Mitgliedstaaten zu verstärkten öffentlichen Investitionen auf, um das Wachstum anzukurbeln.

“ Die Aussichten für die europäische Wirtschaft haben sich im Frühjahr deutlich aufgehellt. ”

Paolo Gentiloni, EU-Wirtschaftskommissar

„Wir alle wissen, dass die öffentlichen Haushalte von den außergewöhnlichen Niveaus dieses und des vergangenen Jahres herunterkommen müssen“, mahnte Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. Er fügte hinzu: „Aber wir dürfen nicht die Fehler wiederholen, öffentliche Investitionen und andere produktive Ausgaben zu opfern, die für ein nachhaltiges Wachstum notwendig sind.“

Verknüpft wird das Europäische Semester in diesem Jahr mit den Aufbau- und Resilienzplänen (Recovery and Resilience Facility – RRF), in denen die Mitgliedstaaten erläutern, welche Investitionen und Reformen sie aus dem EU-Aufbauplan finanzieren. Die rund 672 Mrd. Euro an Zuschüssen und Darlehen des RRF „bieten eine einzigartige Möglichkeit unsere Wirtschaft auf vielfältige Art zu stärken“, sagte Gentiloni und verwies auf Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz. (pr) >|

■ *Europäisches Semester: Frühjahrspaket*

30-JÄHRIGES JUBILÄUM

Auszeichnung für zwei „Frauen Europas“

2021 feiert der Preis Frauen Europas sein 30-jähriges Jubiläum. Gleich zwei „Frauen Europas“ zeichnet die Europäische Bewegung Deutschland in diesem Jahr aus: Lisi Maier, die Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) e.V., sowie die Gründerin des deutschlandweit ersten Vollzeitstudiengangs „European Studies“, Prof. Dr. Ingeborg Tömmel. Der Festakt zur Preisverleihung findet am 17. Juni digital statt und wird gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin organisiert.



Mit dem „Preis Frauen Europas – Deutschland“ ehrt die EBD seit 1991 Frauen, die sich durch ihr mutiges, kreatives oder kontinuierliches ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise für das Zusammenwachsen und die Festigung eines vereinten Europa einsetzen.

▮ *Preis Frauen Europas 2021*

ERASMUS+ UND EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS

Neue Programme werden vorgestellt

Das Jahr 2021 markiert den Start der neuen EU-Programme (2021–2027). An Erasmus+ etwa sollen mit einem Budget von 26,2 Mrd. Euro künftig noch mehr Europäerinnen und Europäer einfacher als bisher teilnehmen können. Neue Programmkomponenten richten den Blick darauf, lebenslanges Lernen zu fördern, den sozialen Zusammenhalt und die europäische Identität zu stärken.



Mit einer nationalen Auftaktveranstaltung zum Start der EU-Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps am 22. Juni 2021 von 14.00 bis 17.30 Uhr werden die neuen Programme und ihre Komponenten vorgestellt. Die Veranstaltung findet digital statt.

▮ *Nationale Auftaktveranstaltung*

DIE BADESAISON KANN KOMMEN

Europäische Badegewässer von guter Qualität

Fast 83 Prozent der Badegewässer in Europa erfüllten im Jahr 2020 die strengsten Anforderungen der Europäischen Union für die Wasserqualität und gelten als „ausgezeichnet“. Das zeigt der Badegewässer-Bericht der Europäischen Umweltagentur und der Europäischen Kommission. Insgesamt wurden über 22.000 Badestellen in den Mitgliedstaaten, Albanien und der Schweiz über das gesamte Jahr 2020 überwacht. Neun von zehn der deutschen Badegewässer sind von ausgezeichneter Qualität. Von 2.304 untersuchten Badestellen in Seen, Flüssen und an Nord- und Ostsee waren demnach nur elf mangelhaft.

Im Ranking belegt Deutschland Platz 6 hinter Zypern, Österreich, Griechenland, Malta und Kroatien. Lediglich elf deutsche Gewässer (0,5 Prozent), weisen eine mangelhafte Wasserqualität auf, im Vorjahr waren es acht.

▮ *Jahresbericht über Badegewässer*



© Shutterstock

AUSSCHREIBUNG

Geräte für Zutrittskontrollen

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland plant eine Ausschreibung im nicht-offenen Verfahren für folgenden Auftragsgegenstand: Beschaffung und Wartung von Zutrittskontrollgeräten: Röntgenprüfgerät, Durchgangs-Metalldetektor und Handmetalldetektor. Ausschreibungsnummer: COMM/BER/2021/LVP/0243.

Wenn Sie an der Ausschreibung teilnehmen möchten und wir Ihnen eine konkrete Leistungsbeschreibung zuschicken sollen, bitten wir Sie um eine kurze Mitteilung bis einschließlich 16. Juni 2021 unter Angabe der Ausschreibungsnummer, des Firmennamens und Ihrer Kontaktdaten an diese Adresse:

▮ *COMM-REP-DE-BER-AUSSCHREIBUNG@ec.europa.eu*